

Gemeinsame Positionierung der Jungen Liberalen, der Grünen Jugend und der Jusos in Aachen

Nachdem im August 2008 am Elisenbrunnen, gegen den starken Widerstand der Aachener Bürger und des Aachener Stadtrates, eine Videoaufzeichnungsanlage zur Bürgerüberwachung installiert worden ist, wurde eine Überprüfung der Sinnhaftigkeit dieser Anlage nach einem Testzeitraum von einem Jahr angekündigt. Frühzeitig möchten wir die Gelegenheit nutzen, um auf den absoluten Fehlschlag dieser Maßnahme hinzuweisen.

Laut Presseportal der Aachener Polizei (Stand 25.02.09) konnte die Bürgerüberwachungsanlage bei bisher 3 Straftaten Hinweise liefern. Beobachtet wurden eine Gewaltandrohung sowie zwei Taschendiebstähle durch größtenteils minderjährige Mädchen aus Köln. Dem gegenüber steht die Überwachung von Millionen unschuldiger Bürger seit Beginn der Aufzeichnungen. Die Unschuldsvermutung wird außer Kraft gesetzt, die Menschen werden zur Anpassung gedrängt und der Einstieg in die Flächenüberwachung wurde realisiert. Die CDU-Forderung nach Videoüberwachung in Schulen zeigt deutlich, dass der nächste Schritt nur eine Frage der Zeit ist. Die Aushöhlung der Bürgerrechte muss gestoppt werden!

Wir hinterfragen ausdrücklich die Wirksamkeit öffentlicher Videoüberwachungen und das Kosten-Nutzen-Verhältnis solcher Anlagen. Etwaigen Vorteilen bei der Verfolgung Kleinkrimineller stehen unverhältnismäßig große Einschnitte in die bürgerlichen Freiheiten für alle gegenüber.

Eine Horrorvision sind für uns Verhältnisse wie in Großbritannien. Dort werden in Pilotprojekten bereits unbemannte Hubschrauberdrohnen zur Überwachung von Menschenmengen getestet und „sprechende Videokameras“ auf Straßen installiert. Kürzlich gab die dortige Regierung eine Machbarkeitsstudie in Auftrag, welche die technischen Möglichkeiten für Kameras mit eingebauten Richtmikrophonen ausloten soll. Auf diesem Wege sollen Passanten nicht nur visuell, sondern zusätzlich auch ihre Gespräche überwacht werden.

Wir sind der festen Überzeugung, dass die Präsenz von Polizeikräften an Verbrechen-schwerpunkten nicht durch den Einsatz von Kameraüberwachung ersetzt werden kann. Wir wollen, dass Menschen vor Ort sind, die auch mal einer alten Dame in den Bus helfen oder freundlich den Weg beschreiben können und keine Kameras, die bestenfalls nach der bereits begangenen Straftat helfen den Täter zu finden, statt sofort eingreifen zu können.

Allein in Aachen sind bereits Kosten in Höhe von 100.000€ für die Installation der Kameras sowie weitere Kosten für den laufenden Betrieb angefallen. Mit diesem Geld könnte man in vielen Bereichen die Probleme an der Wurzel angehen, anstatt nur die Symptome zu bekämpfen. Eine verantwortungsvolle Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik ist die beste Kriminalitätsverhütung. Prävention ist eine umfassende Aufgabe, die neben dem Staat auch der Bürgergesellschaft zukommt. Daher ist die Kooperation mit bestehenden regionalen Präventionsprojekten zu intensivieren.

Nein zur Videoüberwachung! Ja zu wirklicher Sicherheit!

Kameras helfen keinem Opfer

Wer überfallen wird, braucht sofortige Hilfe durch andere Menschen. Eine Aufzeichnung des Vorfalls kann bestenfalls nachträglich für die Ermittlungen der Polizei verwertet werden. Auch wird dem Opfer seltener direkt geholfen, da Beobachterinnen und Beobachter mit einem Eingreifen der Polizei rechnen.

Kameras senken die Kriminalität nicht

Weder Gewaltkriminalität noch Wohnungseinbrüche werden durch Videoüberwachungsanlagen verhindert. Auch in öffentlichen Verkehrsmitteln ist durch Videoüberwachung keine Verbesserung der Sicherheitslage zu erwarten. Auf Straftaten im Affekt oder im Vollrausch haben Kameras ebenfalls keinerlei Einfluss.

Kameras sind teuer und nutzlos

In Brandenburg z.B. kostet die Überwachung an vier Plätzen jährlich 255.000 Euro. Hierdurch konnte die Aufklärungsquote von Straftaten im Sichtfeld der Kameras lediglich um 0,16 Prozent erhöht werden.

Kameras verletzen die Rechtsstaatlichkeit

Die Unschuldsvermutung wird außer Kraft gesetzt, wenn alle Bürger unterschiedslos überwacht und damit als potentielle Straftäter behandelt werden.

Kameras fördern Voyeurismus

Britische Studien belegen, dass 10 Prozent aller Beobachtungen voyeuristische Hintergründe haben - etwa, dass jungen Frauen in den Ausschnitt gezoomt wird.

Kameras diskriminieren

Die Beobachtung durch Kameras ist häufig diskriminierend: Jugendliche z.B. begehen nur ca. 12% der Straftaten - Jedoch sind ca. 40% der von Kameras beobachteten Personen Jugendliche!

Sicherheit

Sie wird zuallererst durch Beamte vor Ort geschaffen, die ansprechbar sind und bei Straftaten direkt eingreifen können. Als passive Sicherheitsmaßnahmen haben sich verstärkte Beleuchtung und Übersichtlichkeit bewährt. Dies ist bei der geplanten Umgestaltung des Bereiches um den Eisenbrunnen bereits berücksichtigt worden.



Nein zur Videoüberwachung! Ja zu wirklicher Sicherheit!